



Kampfflugzeuge der Nato haben am späten Dienstagabend erneut mindestens zwei Ziele in der libyschen Hauptstadt Tripolis angegriffen. Ob es bei den Luftangriffen kurz vor Mitternacht Opfer gab, war zunächst nicht bekannt.

Über der Stadt Slitan warf das Militärbündnis Flugblätter ab, in denen die Truppen des Machthabers Muammar al Gaddafi zur Aufgabe aufgerufen wurden.

Auf den Flugblättern waren das Symbol der Nato sowie Bilder von einem Kampfhubschrauber und einem brennenden Panzer zu sehen. "Es gibt keinen Ort, um sich zu verstecken.

Es ist nicht zu spät, den Kampf zu beenden", hieß es in den Schreiben. "Wenn Ihr weiter Zivilpersonen bedroht, werdet Ihr vernichtet."

Kämpfer der Rebellen rückten zuletzt entlang der Mittelmeerküste auf Slitan vor. Sie wurden nach eigenen Angaben aufgefordert, sich auf frühere Stellungen zurückzuziehen, da die Nato Luftangriffe plane. Slitan liegt 135 Kilometer von den östlichen Vororten von Tripolis entfernt.

"Übergangsrat ist die legitime Vertretung des Volkes"

Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) hat den Aufständischen in Libyen politisch den Rücken gestärkt. "Der Übergangsrat ist die legitime Vertretung des

libyschen Volkes", sagte Westerwelle beim ersten Besuch deutscher Kabinettsmitglieder im Rebellengebiet. Er traf dabei in Bengasi Vertreter des Übergangsrates und eröffnete offiziell das deutsche Verbindungsbüro für Kontakte zu den Rebellen.

Zuvor bereits hatte Westerwelle den Gegnern Gaddafis die volle Unterstützung Deutschlands zugesichert. "Unser Besuch in Bengasi zeigt: Deutschland ist ein Freund und Partner der demokratischen Kräfte im Land", sagte er.

"Wir werden den Nationalen Übergangsrat beim Aufbau eines demokratischen und rechtsstaatlichen Libyens nach besten Kräften unterstützen", so Westerwelle, der in Begleitung von Entwicklungsminister Dirk Niebel (beide FDP) am Montagmittag in der ostlibyschen Stadt eingetroffen war, nach Angaben seines Ministeriums.

Gaddafi forderte er auf, seinen "Krieg gegen das eigene Volk" sofort zu beenden und abzutreten. "Die Menschen in Libyen wollen eine friedliche und freiheitliche Zukunft ohne Gaddafi. Das ist auch unser Ziel. Der Diktator steht auf der falschen Seite der Geschichte", erklärte er.

Die FDP-Minister wollten während des mehrstündigen Besuchs mit einigen Vertretern des Nationalen Übergangsrats zusammentreffen und erste Möglichkeiten einer Zusammenarbeit nach Ende des Gaddafi-Regimes ausloten. Deutschland will nach Ende des Kriegs in Libyen Polizisten für das nordafrikanische Land ausbilden. Die Bundesregierung sieht den Nationalen Übergangsrat in Bengasi als einen legitimen Ansprechpartner für die Belange des libyschen Volkes an. Deshalb wurden die Beziehungen zu dem Rat intensiviert und in Bengasi ein Verbindungsbüro eröffnet.

Millionen für Medikamente und Nothilfe

Westerwelle wollte zudem medizinische Hilfsgüter für Krankenhäuser in Bengasi, Misrata und in den Nafusa-Bergen übergeben. Bisher hat Deutschland 7,5 Millionen Euro an humanitärer Soforthilfe geleistet. Das Auswärtige Amt stellte nun eine weitere Million Euro für Medikamente, Infusionspumpen sowie für die Betreuung von Flüchtlingen aus dem Tschad und für den humanitären Flugdienst der Vereinten Nationen bereit.

Nato setzt Luftangriffe auf Tripolis fort

Geschrieben von: Dr. Taha-Pascha

Mittwoch, den 15. Juni 2011 um 11:47 Uhr - Aktualisiert Mittwoch, den 15. Juni 2011 um 12:09 Uhr

Niebel kündigte an, dass sein Ministerium zusätzlich bis zu sieben Millionen Euro für Maßnahmen der Not- und Übergangshilfe zur Verfügung stellen wolle. "Wir wollen unseren Beitrag zu einer möglichst raschen Stabilisierung der Situation in Libyen leisten", erklärte er.

Einen Kampfeinsatz deutscher Soldaten in Libyen lehnte Westerwelle indessen erneut ab - auch nach einem möglichen Sturz Gaddafis. Der "Bild"-Zeitung sagte er: "Es bleibt dabei: Deutschland beteiligt sich nicht an einem Kampfeinsatz in Libyen." Westerwelle betonte zugleich: "Nach dem Ende von Oberst Gaddafi wird unsere Hilfe beim politischen Neubeginn und wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau gefragt sein. Dazu ist Deutschland bereit." Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) hatte sich hingegen kürzlich dafür ausgesprochen, einen Einsatz zur Absicherung des Wiederaufbaus nach Gaddafis Sturz zu prüfen.

Quelle:RP ONLINE